

Gemeindeverwaltung Affalterbach

Sachbearbeiter: Wenzelburger, Jörn

Az.: 022.3 - We

Vorlage Nr.:	51/2018
BVA:	08.10.2018
GR:	18.10.2018
öffentlich	

§ 9 Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen 2019 - Orientierungsbeschluss für die Haushaltsplanung

Die Investitions- und Maßnahmenplanung wird jährlich auf der Grundlage der Beschlüsse und Planungen des Gemeinderats aufgestellt. Der daraus resultierende Beschluss gibt der Verwaltung die maßgeblichen Positionen für das Haushaltsjahr 2019 als Orientierungswerte vor. Sie werden in den Haushalt eingearbeitet und dienen als Grundlage für die weitere Planung.

Die Maßnahmen mit geschätzten Kosten im Anhang stellen Investitionen und große Unterhaltungsmaßnahmen für 2019 dar, die außerhalb der üblichen laufenden Geschäfte stattfinden.

Grundsätzlich hat sich am bisherigen Fahrplan der Vorhabens Erfüllung nichts geändert.

Es ist ein Ansatz zum Neubau der Asylanschlussunterbringung in der Seestraße enthalten, um im Falle der Notwendigkeit handlungsfähig zu sein, auch wenn der Druck auf die Gemeinde durch mehrere Anmietungen etwas gesunken ist. Die Brücke in Steinächle soll in 2019 saniert werden, nachdem in 2017 und 2018 die vorgegebenen ökologischen Untersuchungen durchgeführt wurden. Beide Maßnahmen werden vom Land bezuschusst.

Der Neubau der Schulsporthalle wird ebenso an Fahrt aufnehmen wie das Sanierungsgebiet in der Gartensiedlung Birkhau, daher sind im Vergleich zum Vorjahr jeweils erhöhte Ansätze vorgesehen. Auch für die Sanierung der Marbacher Straße sind die entsprechenden Mittel eingestellt.

Die weiteren Maßnahmen sind aus der Anlage ersichtlich.

Haushaltsmittel zur Realisierung der Investitionen sind generell vorhanden. Finanzielle Messgröße zur Realisierung von Investitionen ist der Bestand der liquiden Mittel zzgl. der Geldanlagen, deren Summe zum Jahresende 2017 bei ca. 26 Mio. € liegt.

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage aufgelisteten Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen werden als Grundlage und zur Orientierung für die weitere Haushaltsplanung für das Jahr 2019 beschlossen.